

## **Beiträge des Statthalters von Niederösterreich Erich Grafen Kielmansegg zur Geschichte der Vereinigung der Vororte mit Wien im Jahre 1890**

Von Rudolf Till

Das Stadtgebiet von Wien hat seit dem 13. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts seine Größe und Gestalt innerhalb der Stadtmauern fast unverändert behalten. Die Bevölkerung hingegen wuchs indessen von etwa 20—25.000 bis auf 431.000 an. Dieses große Anwachsen, besonders in der letzten Zeit der beginnenden und fortschreitenden Industrialisierung, führte vorerst zu keiner Stadterweiterung, etwa durch Sprengung oder Hinausschieben des Stadtwalles. Nur ein Höhenwachstum in der Stadt und ein Siedeln außerhalb der Stadt in den Vorstädten und Vororten mußte abhelfen.

Innenminister Franz Graf Stadion wollte durch Eingemeindung der Vorstädte und einiger Vordörfer Abhilfe schaffen und zeigte in seiner „Skizze zu einem Entwurf der städtischen Verfassung für die k. k. Haupt- und Residenzstadt Wien“ dazu auch den Weg. In dieser „Skizze“, die von seinem Weitblick zeugt, hat er die Frage der Eingemeindung über die Vorstädte hinaus auch von Vordörfern zum ersten Male in Erwägung gezogen, zur Diskussion gestellt und dem Magistrat zur Beratung und Beschlußfassung empfohlen. In kluger Voraussicht hat er die Notwendigkeit einer weitgespannten Stadterweiterung über die Linien hinaus erkannt. Krankheit und Tod hinderten ihn an der Durchführung seines Planes.

Der Wiener Gemeinderat hat in kurzsichtiger Politik das Stadionsche Projekt der Eingemeindung von Vororten zunichte gemacht. Bei seinen Beratungen und Debatten sprach er sich gegen die Einbeziehung der Vordörfer aus. Und dies in erster Linie wegen der Verzehrungssteuer und wegen des Armenwesens. Besonders der letzten Frage wegen sprach er sich entschieden dagegen aus. Wien sei bisher noch glücklicher Weise vom Proletariat verschont geblieben. Es müsse sich hüten, die ersten Keime in sich aufzunehmen und sich damit eine unberechenbare Last aufzubürden.

Durch das Provisorische Gemeindegesez von 1850 wurden nur die Vorstädte eingemeindet. Die Eingemeindung der Vordörfer wurde durch den Gemeinderat abgelehnt und die Frage einer ausreichenden und vorplanenden Stadterweiterung wurde dadurch auf vier Jahrzehnte verhindert und blieb bis 1890 ungelöst.

Indessen wuchs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Bevölkerung weiterhin stark an und erreichte bis 1890 die Zahl



von 827.000. Dieses Wachstum von Stadt und Vororten ließ den Wunsch einer Erweiterung des Stadtgebietes und einer administrativen Vereinigung der Vororte mit Wien immer lauter werden und nicht mehr verstummen. Er beschäftigte mehr als ein Viertel Jahrhundert die konstitutionellen Vertretungskörper in Stadt und Land und stand wiederholt bei ihren Verhandlungen auf der Tagesordnung. So stellten u. a. 1871 mehrere Vororte das Ansuchen an den niederösterreichischen Landtag, um ihre Vereinigung mit Wien zu erreichen. Im selben Jahre sprach sich auch der Wiener Gemeinderat für die Eingemeindung aus, sofern ihm diese Frage durch die gesetzlichen Organe der Vororte vorgelegt würde. In Währing fanden die Anhänger der Vereinigungsfrage bald starke Gefolgschaft. 1872 wurde eine eigene Kommission gebildet und erklärt, mit Wien in Verhandlungen zu treten. 1883 sprach sich auch der Wiener Gemeinderat für Aufnahme von Verhandlungen mit Währing aus.

Auch außerhalb der konstitutionellen Vertretungskörper waren Presse und öffentliche Meinung größtenteils für die Eingemeindung. Sie gewann in Wien und in den Vororten eine, wenn auch nicht ungeteilte, so doch stetig wachsende Anhängerschaft, die in wiederholten Petitionen ihren Wunsch aussprach.

Trotz der Zustimmung, die diese Frage besonders seit den achtziger Jahren fand, wollte es nicht recht weitergehen. Daß es schließlich doch 1890 zu einer großen Stadterweiterung durch Einbeziehung der Vororte kam, verdankt Wien in weitgehendem Ausmaße Erich Graf Kielmansegg<sup>1</sup>. Er hat, als er im Oktober 1889 Statthalter von Niederösterreich wurde, die Notwendigkeit der administrativen Vereinigung der Vororte mit Wien nicht nur erkannt sondern war sozusagen der Motor in der Stadterweiterungsfrage. Er bemühte sich bei Krone und Regierung, bei den politischen Vertretern im Landtag und Gemeinderat darum. Dadurch hat er den Stein ins Rollen gebracht und jede Gelegenheit zur Erreichung des Vorhabens ergreifend, schließlich doch die Durchführung der Stadterweiterung erreicht.

Akten, Sitzungsprotokolle, Enquete- und Presseberichte geben hinreichenden Aufschluß über seine offizielle Tätigkeit. Über sein nicht offizielles, oft aber entscheidendes Bemühen in Unterredungen, Vorsprachen, Audienzen, bei Empfängen, Fahrten und Bällen wußten nur Wenige Bescheid. Darüber berichten seine eigenen Aufzeichnungen. Im Archiv für Niederösterreich wird ein Karton Stadterweiterungsakten aus 1890/91 aufbewahrt. Darin liegt ein Umschlag mit einem Bericht von 21 Seiten, den Graf Kielmansegg zu Ostern 1891 niederschrieb. Er hat folgende Beschriftung „Beiträge zur Geschichte der Einverleibung der Vororte mit Wien 1890“.

<sup>1</sup> L. Haushofer, Erich Graf Kielmansegg, Statthalter von Niederösterreich. Ungedruckte Dissertation, Wien 1949. — R. Till, Erich Graf Kielmansegg und die Wiener Stadterweiterung 1890. Festschrift f. Prof. Anselm Weissenhofer zum 70. Geburtstage. Wien 1954. — W. Goldinger, Kaiserhaus, Staatsmänner und Politiker. Wien 1966.



Sie sind eine wertvolle Ergänzung des publizierten Aktenmaterials, kaum bekannt, doch quellenmäßig bedeutend.

Diese Beiträge blieben lange verschlossen und wurden erst am 10. IX. 1924 vom Präsidialvorstand Landesregierungsrat Geyer mit besonderer Erlaubnis des Landeshauptmannes geöffnet. Sie zeigen in lebendiger Schilderung den persönlichen Anteil Kielmannseggs an der Schaffung von Groß Wien. Sie sollen als wichtige Quelle für die topographische Entwicklung Wiens hier erstmalig veröffentlicht werden.

„Gegen Ende des Jahres 1881 hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, es müsse etwas geschehen wegen Erleichterung der Wien auferlegten Verzehrungssteuer; Es könne aber dieses Ziel nur erreicht werden durch Auflassung der Linienwälle. Die Gemeinde Wien hat demnach, in Erneuerung einer früheren Bitte vom Jahre 1876, an den Stufen des kaiserlichen Thrones durch eine eigene Deputation eine Petition um Auflassung der Linienwälle überreicht. Die ganze Presse befürwortete damals diesen Wunsch Wiens.

Ich war zu jener Zeit Bezirkshauptmann in Sechshaus; nicht wenig überraschte es mich, kurze Zeit nach der Überreichung jener Wiener Petition, als ich bei Seiner Majestät in Audienz war, um mich für die Allerhöchste Auszeichnung mit Titel und Charakter eines Statthaltereirates zu bedanken, im Audienzzimmer eine Vorortedeputation unter Führung des Gemeindevorstehers von Fünfhaus, Dr. Adolf Friedrich anzutreffen, welcher letzterer mir dort mitteilte, daß auch die Vororte ihrerseits an diesem Tage eine Petition um Auflassung der Linienwälle, allerdings mit wesentlich anderer Begründung, als Wien selbst, überreichen würde. Das Gespräch mit den anwesenden Mitgliedern der Deputation interessierte mich lebhaft, weil es mich erkennen ließ, daß die separatistischen Tendenzen der Vororte nicht so arg seien, als sie mir geschildert worden waren, sondern die Vorortevertreter der Schaffung einer großen Metropole ein gewisses Verständnis entgegenbringen.

Kurze Zeit hierauf kamen mir die erwähnten beiden Petitionen mit dem Statthaltereierlasse vom 8. Februar 1882, Z. 5325, mit dem Auftrage zu, im Einvernehmen mit den beteiligten anderen Vororte-Bezirkshauptmannschaften eine Äußerung über beide Petitionen abzugeben. Diese Äußerung liegt vor (datiert vom 20. Februar 1882, Statth. Z. 8829 ex 1882).

Als ich die Arbeit fertig hatte, habe ich das Einvernehmen mit den anderen Bezirkshauptmännern gepflogen und sie eingeladen, in mein Konzept Einsicht zu nehmen; Habicher (von Hernals) erschien, von Müllenau (in Bruck a. d. Leitha) lehnte mit dem Beifügen ab; „er unterschreibe alles, auch blind.“ — so wurde dieser Bericht von beiden Bezirkshauptmännern vidiert. Ich habe dann die Angelegenheit dem Statthalter Baron Possinger auch mündlich vorgetragen und hat derselbe mir nahegelegt, die Frage der ein-



heitlichen Verzehrssteuer durch Sammlung aller hierauf bezüglichen statistischen Daten noch näher zu erörtern. So entstand der zweite Bericht mit diesen Daten (vom 12. Juli 1882, Z. 31539 ex 1882). Die Korrespondenzen, um diese Ziffern zu ermitteln, waren äußerst schwierig und weitwendig, erforderten einen Zeitraum von 3 Monaten fast ununterbrochener Arbeit, welche der damalige Bezirkskommissär Heinrich Freiherr von Pachner-Eggenstorf zu leisten hatte. Da den Vorortgemeinden nicht unbekannt geblieben war, daß sich die Bezirkshauptmannschaft mit der Zusammenstellung einer derartigen Übersicht beschäftigte, so wählten sie ein gemeinsames Komité, um auch ihrerseits zu diesen Fragen Stellung zu nehmen und dieselben näher zu ergründen; ich habe diesem Komité, beziehungsweise dessen Obmann Dr. Friedrich über seine Bitte damals erklärt, mich bei der Statthalterei verwenden zu wollen, daß ihm die amtlich erhobenen Daten zur Benützung freigestellt würden.

Im selben Jahre — im August 1882 — wurde ich als Regierungsrat nach Czernowitz übersetzt. Die Petition Wiens hatte damals keinerlei Erfolg, denn die Gemeinde Wien erstattete trotz mehrfacher Betreibungen der Statthalterei die von ihr abverlangte Äußerung über die oben erwähnte Vorortepetition nicht und so geriet die ganze Angelegenheit bei der Statthalterei schließlich in Vergessenheit, ohne daß auch nur dem Ministerium des Innern der über die mit der Allerhöchsten Bezeichnung versehenen Majestätsgesuche zu erstattende Bericht vorgelegt worden wäre. Die Anträge der Bezirkshauptmannschaft samt allen Tabellen und den Originalmajestätspetitionen waren „außer Evidenz“ gekommen und schlummerten in einem Registraturfaszikel. Endlich aber wurden in der Öffentlichkeit immer wieder Stimmen laut, daß die Linienwälle fallen müßten; auch wurde unmittelbar vor der Eröffnung des Parkes auf der Türkenschanze 1887 dem Ministerpräsidenten nahegelegt, daß diese Eröffnung vielleicht der Moment sei, damit Seine Majestät dort ein Wort fallen lasse, welches die Hoffnung auf den Fall der Linienwälle neu belebe. — Graf Taaffe hat dann die Allerhöchste Aufmerksamkeit auf diese Frage gelenkt und hat in der Tat Seine Majestät bei der Eröffnung des Parkes die bekannten Worte gesprochen.

Anknüpfend daran hat auch der Ministerpräsident Graf Taaffe den Finanzminister Dr. von Dunajewski in Folge Allerhöchsten Auftrages veranlaßt, diese Frage durch die Einberufung der sogenannten „Verzehrssteuerenquete“ wieder in Fluß zu bringen, bei welcher auch der Linienamtsdirektor, kais. Rat Benda, seine bekannten Anträge vorbrachte.

Nach der Verzehrssteuerenquete hat das Ministerium des Innern mit dem Erlasse vom 20. Juni 1889, Z. 8730 (Statth. Z. 37.373) das Gutachten der Statthalterei abverlangt.

Anfang Oktober 1889 wurde ich zum Statthalter ernannt. Der abtretende Statthalter Baron Possinger teilte mir mit, daß er mir



ein einziges Geschäftsstück als Rückstand übergebe und zwar dieses, weil er sich in den letzten Wochen nicht mehr die Zeit genommen habe, ein so umfangreiches Geschäftsstück durchzustudieren und weil er sich erinnert habe, daß ich mich früher mit der Frage der Erweiterung des Verzehrungssteuerrajons als Bezirkshauptmann in Sechshaus eingehend beschäftigt habe.

Der Zusammentritt des Landtages unmittelbar nach meinem Amtsantritte ließ mich anfangs nicht dazu kommen, dieses Stück zu revidieren; ich fand aber dann bei einer flüchtigen Durchsicht des vom Referenten vorgelegten Erledigungsentwurfes, daß sich dieser einfach auf die Beantwortung der vom Ministerium gestellten Fragen hinsichtlich der Gemeindegzuschläge beschränke, diese Frage auch nicht ganz erschöpfend behandle, weil die früheren Erhebungen aus dem Jahre 1882 nicht berücksichtigt worden waren und daß die weitere Konsequenz jeder Erweiterung des Verzehrungssteuerrajons, nämlich die Frage der administrativen Vereinigung in diesem Berichte gar nicht erwähnt worden war.

Als dann eine Urgenz des Ministeriums einlangte, mußte ich mich trotz der noch fortdauernden Verhandlungen des Landtages endlich über die Arbeit machen und lud zunächst den Landtagsabgeordneten und Wiener Gemeinderatsmitglied Dr. Raimund Grübl, der an der Verzehrungssteuerenquête als Vertreter Wiens teilgenommen hatte und seit Jahren im Wiener Gemeinderate Referent in dieser Angelegenheit gewesen war, ein, damit mich derselbe über alles in dieser Frage seit dem Jahre 1882 vorgekommene informieren möge.

Dr. Grübl leistete meiner Einladung Folge, widmete mir einmal Ende November einen Abend und ich habe dieser Besprechung auch den zur Bearbeitung des von der Statthalterei zu erledigenden Aktes bestimmten Statthaltereikonzeptspraktikanten von Spillmann zugezogen.

Nach dieser Besprechung habe ich dann Spillmann beauftragt, wie das Gutachten nunmehr hinsichtlich der Frage der Verzehrungssteuer abzugeben sei und ihn gleichzeitig angewiesen, in diesem Berichte die Frage der Einverleibung der Vororte als das wichtigste Moment ganz besonders hervorzuheben, die Notwendigkeit der Gleichzeitigkeit der Einbeziehung mit der Erweiterung des Verzehrungssteuerrajons zu betonen und die Grundzüge der neuen Gemeindeverfassung zu beleuchten.

Dr. Grübl konnte, als er diese meine Instruktion hörte, sein Erstaunen darüber nicht zurückhalten, da er der Ansicht sei, daß sich eine solche Vereinigung nur als Folge der Erweiterung des Verzehrungssteuerrajons, nur schrittweise und in einem viel späteren Zeitpunkte würde durchführen lassen.

Professor Eduard Suess, dem ich nach einer Landtagssitzung zu jener Zeit gesprächsweise die Frage vorlegte, was er von einer Anregung der Frage der Vereinigung der Vororte mit Wien halte, erklärte die letztere für höchst wünschenswert, doch würde die



Schaffung eines neuen Gemeindestatutes für das erweiterte Wien die größte Schwierigkeit bieten.

Mein Bericht ist dann am 19. Dezember 1889 unter Z. 45.783 ans Ministerium erstattet worden.

Einige Zeit darnach habe ich die Angelegenheit mit dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe besprochen und denselben insbesondere auf meine Ausführungen hinsichtlich der Vereinigung aufmerksam gemacht. Derselbe erklärte mir damals, dieselben gelesen zu haben, meinte jedoch, daß die Sache als viel zu schwierig nicht weiter zu verfolgen wäre, worauf ich ihm erwiderte: daß ich ihn bitten müsse, mir Gelegenheit zu geben, alle dafür sprechenden Gründe ihm gelegentlich mündlich in eingehenderer Weise darlegen zu dürfen, als dies im Berichte hätte geschehen können und ihm namentlich auch auseinanderzusetzen, weshalb die Schwierigkeiten nicht gar so groß seien, und namentlich nicht größer seien, als jene, zu einer einverständlichen Aufteilung der Gemeindegzuschläge zu gelangen. Auch Sektionschef Freiherr von Erb habe ich damals in ähnlicher Weise Mitteilung gemacht. Ich benützte dann den am 12. Februar 1890 (zwei Tage nach Einbringung der Verzehrungssteuervorlage des Finanzministers im Abgeordnetenhaus des Reichsrates) abgehaltenen Ball der Stadt Wien, um die Anschauungen mehrere Gemeindevertreter aus Wien und den Vororten über die Frage der administrativen Vereinigung zu sondieren; ich fand wohl Sympathie dafür, doch die Mehrzahl der von mir über dieses Thema Angesprochenen schilderte mir die Schwierigkeiten in den grellsten Farben, am meisten Verständnis hatte der Vizebürgermeister Dr. Franz Borschke dafür und Freiherr Max von Kübeck; sehr entsetzt über solche kühne Ideen waren unter anderen Michael Matscheko, der Präsident des nö. Gewerbevereines, und Dr. Theodor Reisch, 1. Gemeinderat von Oberdöbling.

Den zweiten Ostertag, 7. April und den 8. April habe ich zu einem Ausfluge mit dem Bürgermeister von Wien, Dr. Johann Nep. Prix und dem Stadtbaudirektor Johann Berger benützt, um in deren Gesellschaft die Hochquellenleitung und das in dieselbe einzubeziehende Quellengebiet zu besichtigen; das Zusammensein mit diesen Gemeindefunktionären bot mir die erwünschte Gelegenheit; beide, namentlich den Bürgermeister, für die Frage der administrativen Vereinigungen der Vororte mit Wien zu interessieren; ich habe ihnen auseinandergesetzt, wie diese Frage zur Lösung zu bringen sei, daß jetzt der geeignete und sonst unwiederbringlich verlorene Moment hiefür komme, wie groß der Umfang Wiens und wie die Bezirkseinteilung zu machen sei. Damals war der Bürgermeister noch ziemlich zurückhaltend.

Bei meiner Rückkunft nach Wien fand ich ein Telegramm der Polizeidirektion über die am selben Abende des 8. April stattgehabten Pöbelexcesse in den Vororten. Eine Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten am 10. April gab mir die erwünschte Gelegenheit, demselben auch meine Anschauungen über die administrative Ver-



einigung des Näheren darzulegen und ihn mehr dafür zu interessieren.

Er stellte mir auch in Aussicht, daß nach der Sanktion des am 10. Februar im Abgeordnetenhaus eingebrachten Verzehrungssteuergesetzes, welches zweifellos zur Annahme gelangen werde, durch mich eine Enquete abgehalten werden würde, um eine Einigung der Gemeinden hinsichtlich der Aufteilung der Verzehrungssteuerzuschläge herbeizuführen; diese Frage müßte als die zunächst liegende und wichtigste behandelt werden, nur wenn dieselbe keinerlei Aussicht auf eine befriedigende Lösung gewinnen sollte, könne ich allenfalls das Terrain sondieren, ob eine administrative Vereinigung bessere Aussichten auf Erfolg habe; doch müsse die Regierung sehr vorsichtig vorgehen, um nicht in dieser Frage irgendwelchen Mißerfolg zu haben, oder eine Ablehnung ihrer Anregung zu erfahren.

Am 13. April wurde ich von Seiner Majestät in die Burg befohlen, um über meine Wahrnehmungen bezüglich der Haltung der Polizeiorgane bei den vorerwähnten Excessen Bericht zu erstatten und die allerhöchsten Anordnungen wegen Studien in Richtung eines militärisch organisierten Sicherheitswachkorps entgegenzunehmen. Diese dreiviertel Stunden währende Privataudienz, bei welcher ich die Organisation der Polizeibehörde im gesamten Wiener Verzehrungssteuerrajon, die ungünstige Konfiguration des Polizeirajons und die Verhältnisse der Vororte darzulegen hatte, bot mir die erwünschte Gelegenheit, die Aufmerksamkeit Seiner Majestät auf die Notwendigkeit einer Neuorganisation der Polizeibehörde, der besseren Arrondierung des Polizeirajons und der Vereinigung der Vororte mit Wien anknüpfend an diese Fragen, sowie auch an die im Reichstage in Verhandlung stehende Verzehrungssteuerfrage zu lenken. Seine Majestät brachten der Frage der Vereinigung der Vororte vollstes Allerhöchstes Interesse entgegen und bemerkten, daß eine solche Vereinigung in der Tat anzustreben und sobald als tunlich durchzuführen sei.

Am selben Tage noch habe ich hievon dem Ministerpräsidenten Mitteilung gemacht und abermals meine Anschauungen dargelegt, daß die Schwierigkeiten nicht gar so groß seien.

Inzwischen hatte Bezirkskommissär Freiherr von Hock sich schon über meinen Auftrag und nach meinen ihm angegebenen Gesichtspunkten über die Ausarbeitung des Entwurfes für ein neues Gemeindestatut gemacht; welchen Entwurf ich am 16. und 17. April auf einer Reise nach Steiermark durchgesehen habe und hienach den Statthaltereisekretär Ludwig Tils beauftragte, denselben seinerseits einer Durchsicht zu unterziehen, wonach dann noch einige Änderungen an demselben vorgenommen und derselbe in Druck gelegt wurde.

Exemplare dieser ersten Redaktion habe ich im kurzen Wege damals dem Vizepräsidenten der Statthalterei Josef Ritter Kutschera von Aichlandt (dieser meinte: „Die Idee sei so kühn, daß er sich nicht einmal getraut haben würde, sie überhaupt nur ins Auge zu



fassen“.), dem Vizepräsidenten der Finanzlandesdirektion Ritter von Zimmermann, dem Polizeipräsidenten Freiherr von Kraus und Sektionschef Freiherrn von Erb mitgeteilt und anknüpfend an die mir vom Ministerpräsidenten im April in Aussicht gestellte Mitteilung wegen Abhaltung einer Enquete mit einem Initiativberichte vom 3. Mai 1890, Z. 27.131 unter nochmaliger Betonung der Notwendigkeit der sofortigen administrativen Vereinigung der Vororte mit Wien dem Ministerium des Inneren vorgelegt. An die Fragen, welche der Enquete vorzulegen wären, habe ich als allfällige XII. Frage angereiht: „ob nicht das ganze erweiterte Verzehrungssteuergesetzgebiet mit Wien, zu einer einzigen Großkommune vereinigt, für dieselbe ein neues Gemeindestatut ausgearbeitet und dem nö. Landtage als Regierungsvorlage eingebracht werden solle“.

Statthaltereisekretär Tils verfaßte über meinen Auftrag einen Artikel im Stile des „Neuen Wiener Tagblattes“, welcher für die Vereinigung der Vororte plaidierte und der Regierung den Vorwurf machte, daß sie auch diesen günstigen Zeitpunkt offenbar verpassen würde. Meiner früheren, von Baden herrührende Bekanntschaft mit dem Herausgeber Heinrich Pollak hatte ich es zu verdanken, daß dieser Artikel in diesem Oppositionsblatte am 9. Mai an leitender Stelle Aufnahme fand.

Am 20. Mai fand ein Diner im Sachergarten statt, bei welchem alle Minister und Honoratioren vom Präsidium der landwirtschaftlichen Ausstellung aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung geladen waren; ich benützte die Zusammenkunft mit dem Finanzminister Ritter von Dunajewski, um demselben einige Bemerkungen über meine Absicht, die Frage der administrativen Vereinigung in Fluß zu bringen, zu machen, worauf derselbe mir wörtlich folgendes erwiderte: „Um Gottes Willen, was haben Sie vor, das hieße ja die Durchführung des Verzehrungssteuergesetzes ad calendas graecas vertagen, ich habe mir soviel Mühe gegeben, dasselbe im Reichsrate durchzubringen und möchte doch auch den Allerhöchsten Intentionen gemäß zur baldigsten Auflassung der Linienwälle gelangen“. Meine Antwort war, daß hier nicht der Ort sei, um Sr. Excellenz die Vorteile der Vereinigung der Vororte darzulegen, welche ihm auseinanderzusetzen ich mir vorbehalten müsse.

Am 23. Mai unternahm ich mit der Donauregulierungskommission eine Fahrt zur Besichtigung der Schutzbauten an der oberen Donau von Pöchlarn bis Wien, am 28. Mai eine solche Fahrt auf der unteren Donau bis Theben; beide Reisen benützte ich, um die Mitglieder der Donauregulierungskommission Sektionschef Ritter von Wittek, Professor Eduard Suess, Gemeinderäte Geitler, Dr. Lederer, Ritter von Goldschmidt, Strassny u. s. w. für die Frage der Vereinigung zu interessieren. Wittek faßte die Sache sofort sehr lebhaft auf und gab ihm das damalige Gespräch die erste Anregung zu dem Plane der einheitlichen Durchführung der Verkehrsanlagen (Stadtbahn) in Wien.



Einen von Statthaltereisekretär Ludwig Tils für die „Neue Freie Presse“ und ganz in deren Stil, daher ziemlich stark oppositionell gehaltenen Artikel für die Vereinigung hatte ich zu jener Zeit dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Baron Chlumecky mit der Bitte übergeben, dessen Aufnahme in die genannte Zeitung veranlassen zu wollen.

Anläßlich eines Dinners in der Schwedischen Gesandtschaft am 19. Mai teilte mir Chlumecky mit, er hoffe, daß dieser Artikel demnächst erscheinen werde. Als dies nun am 28. Mai noch immer nicht geschehen war, sah ich mich veranlaßt, bei der vorerwähnten Donaufahrt Professor Suess auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, daß sich die „Neue Freie Presse“ mit der Frage befasse, worauf er sich bereit erklärte, unter seinem Namen einen solchen Artikel im genannten Blatte erscheinen zu lassen. Der Artikel erschien wirklich im Morgenblatte der „Neuen Freien Presse“ vom 5. Juni. Chlumecky war, als ich ihn einige Zeit hierauf traf, sichtlich verlegen, indem er mir mitteilte, daß „die Gelehrten in der Fichtegasse, die immer ihre eigenen Wege gehen“, den früher erwähnten Artikel nicht hätten aufnehmen wollen, weil sie nicht wußten, „woher der Wind wehe“ und er ihnen selbst hierüber nach der mit mir getroffenen Verabredung nähere Andeutungen nicht hätte machen können.

Noch im Mai habe ich die Gelegenheit benützt, einige bei mir erschienene Vorortebürgermeister und Gemeindevertreter, so insbesondere die Bürgermeister Dr. Friedrich, Kreindl, Gerlach, dann Dr. Reisch für die Frage der Vereinigung der Vororte zu interessieren und fand bei denselben ein ziemlich großes Entgegenkommen.

Am 13. Juni fand ich Gelegenheit, dem Finanzminister die Frage der Vereinigung des Näheren vorzutragen und sein Einverständnis zu erwirken, daß, falls die Regelung der Gemeindegzuschläge Schwierigkeiten bieten sollte, von der Regierung auf die Erzielung der Vereinigung hingewirkt werden solle.

Am 18. Juni kam mir der Erlaß des Ministeriums vom 16. Juni 1890, Z. 8939 zu wegen Abhaltung der Enquete.

Ich war nicht wenig erstaunt, daraus zu ersehen, daß meine Eventualfrage wegen der Vereinigung der Vororte eliminiert worden sei und daß der Erlaß nur noch die Bemerkung enthielt, daß die Einbeziehung der Vorortegemeinden und von Teilen derselben in das Wiener Linienverzehrungssteuergelb schon als die erste Etappe für eine administrative Vereinigung der Vororte mit Wien zu einem großen Gemeinwesen anzusehen ist, daß sich die Regierung der Notwendigkeit einer gedeihlichen Lösung dieser Frage nicht verschließen kann, daß daher dieser Frage gegenüber sich die Vertreter der Regierung bei gegebenen Anlässen nicht ablehnend, sondern entgegenkommend zu benehmen haben werden“.

Noch vor der Protokollierung dieses Erlasses schickte ich zum Landesausschuß Dr. Josef Kopp, um die Haltung der Vertreter des



Landesausschusses bei dieser Enquete hinsichtlich der Vereinigungsfrage früher zu sondieren. Er erschien und ich setzte ihm meine Ideen über die Schwierigkeit der Lösung der Gemeindezuschlagsfrage und die deshalb bestehende Notwendigkeit der Vereinigung auseinander. Seine Antwort war: ein großes, beinahe beleidigendes Gelächter und die Bemerkung, „daß eine eventuelle Regierungsvorlage wegen Vereinigung der Vororte vom Landtage dem Landesausschusse zur Berichterstattung in einer nächsten Session schon deshalb werde zugewiesen werden müssen, weil es beim Landtage und beim Landesausschusse seit jeher Prinzip sei, über alle Wien betreffenden Gesetzentwürfe oder andre Landtagsvorlagen immer zunächst die Gemeindevertretung von Wien einzuvernehmen; es sei aber ganz unabsehbar, ob und wann der Wiener Gemeinderat über ein ihm von der Regierung zugehendes neues Statut beraten und eine endgültige Äußerung an den Landtag abgeben werde; auch eine Beschlußfassung des letzteren dürfte bei dem Umfange eines solchen Gesetzes nur sehr schwer zu erzielen sein, weshalb er kaum glaube, daß wir beide das Zustandekommen eines solchen Gesetzes würden erleben können; es sei besser, die Frage der Aufteilung der Gemeindezuschläge der Lösung zuzuführen und die Vereinigung der Vororte der Zukunft zu überlassen, wenn er auch persönlich einer solchen Vereinigung nicht unsympatisch gegenüber stehe.“ Auf diese Bemerkung hin habe ich ihm das Versprechen abgenommen, beim Vorkommen dieser Frage in den bevorstehenden Enqueteverhandlungen dieser seiner Sympathie Ausdruck zu geben und wenigstens in dieser Richtung meine Absichten zu unterstützen. Er ging sogar so weit, seine bereits anberaumte Abreise um einige Tage zu verschieben, um an den Enqueteberatungen noch teilnehmen zu können, erklärte aber, daß er einer länger andauernden Enquete wegen seiner Badereise nicht würde anwohnen können, weshalb ich dann, damit der Landesausschuß unter allen Umständen vertreten sei, den Landesausschuß Schöffel ersuchte, sich ebenfalls als Vertreter des Landesausschusses bestimmen zu lassen. Unmittelbar vorher war das 10 jährige Ministerjubiläum des Ritter von Dunajewski, dabei habe ich dem Sektionschef im Finanzministerium Freiherrn von Baumgartner von meinen Absichten wegen der Vereinigung Mitteilung gemacht, derselbe war darüber ganz entsetzt.

Am 27. Juni begann die Enquete, am 1. Juli sprachen sich die Mitglieder derselben in solenner Kundgebung für die Vereinigung aus.

Unmittelbar darauf habe ich dies dem Grafen Taaffe und dem gerade bei ihm anwesenden Finanzminister gemeldet und Grafen Taaffe gebeten, dieses Ergebnis sogleich Seiner Majestät anzuzeigen.

Seine Majestät bezeichnete die ihm sonach eingesendete, von mir verfaßte a. u. Notiz in Gastein am 2. Juli 1891 mit der Allerhöchst eigenhändigen Bemerkung: „Mit Befriedigung zur Kenntnis



genommen“, welche Notiz mir Graf Taaffe zur Einsicht schickte (Statth. Präsidial Z. 4478/Pr. ex 1890).

Ministerpräsident Graf Taaffe hat mich dann gleich beauftragt, mit Sektionschef Baron Erb Rücksprache zu pflegen wegen einer gemeinsamen Durchsicht des bei den weiteren, schon für Montag 7. Juli anberaumten Enqueteberatungen vorzulegenden Entwurfes für ein neues Gemeindestatut.

Mit Baron Erb wurde sonach der Entwurf am 2., 3. und 4. Juli unter Beitritt der Ministerialräte Fischbach und Sagasser und des Bezirkskommissärs Freiherr von Hock (teilweise auch des Statthaltereisekretärs Tils) einer Durchsicht unterzogen und weitere Abänderungen an demselben vorgenommen, wobei insbesondere die Aufnahme der Institution des „Stadtrates“ in das Statut vereinbart wurde.

Die Fortsetzung der Enqueteberatungen hat sodann am 7., 8. und 9. Juli — im engeren Komitee am 10., 12., 14., 15. und 19. Juli — dann am 23. Juli stattgefunden.

Am 8. Juli und 21. Juli besuchte ich Baron Erb in Grinzing, um mit ihm über die Angelegenheit zu beraten. Am 19. Juli hatte ich Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten wegen der Frage der Ernennung des Bürgermeisters. Am 23. Juli wurde die Enquete geschlossen. Am 6. August trat ich meinen Urlaub an; Br. Hock begleitete mich zum Westbahnhofe, um noch Weisungen entgegenzunehmen.

Am 16. August mußte ich den Urlaub unterbrechen; meine Anwesenheit in Wien benützte ich, um beim Landmarschall die Äußerungen des Landesausschusses über den Entwurf des neuen Statutes zu urgieren, mich mit Landesausschuß Schöffel zu besprechen und mit Dr. Prix Rücksprache zu nehmen.

Während meines Urlaubes arbeitete Baron Hock einen Motivenbericht zu dem Gesetzesentwurfe aus, den ich mir zum Teile nachsenden ließ und auf der Reise durchsah.

Am 9. September kehrte ich vom Urlaube zurück; ich nahm Rücksprache im Ministerium des Innern wegen neuerlicher Revision des Statutes. Am 24. und 26. September fanden unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten Besprechungen über das neue Statut beim Ministerium des Inneren statt. Die Angelegenheit wurde sodann am 27. September, 30. September, 3. Oktober und 7. Oktober in Sitzungen des Ministerrates verhandelt, welchen Sitzungen auch ich zugezogen wurde.

Am 9. Oktober fand bei Baron Erb im Ministerium des Innern unter Teilnahme der Ministerialräte Fischbach und Sagasser und des Baron Hock die Schlußredaktion des Statutes statt. Am 2. Oktober nahm ich im Finanzministerium mit Baron Erb an einer Sitzung wegen Festsetzung des von der Gemeinde Wien zu leistenden Beitrages zu den Kosten der Wiener Polizeiverwaltung teil, bei welcher Sektionschef von Niebauer und der Referent des Finanzministeriums intervenierten.



Am 10. Oktober vereinbarte ich mit dem Finanzminister die einzelnen Absätze meiner bei Einbringung der Vorlagen im Landtage hinsichtlich der Behandlung der für „Wien“ festgesetzten Steuersätze im neu zu Wien kommenden Gebiete namens der Regierung abzugebenden Erklärungen. Eine ähnliche Besprechung hatte ich am 13. Oktober im Ministerium des Innern.

Am 14. Oktober fand die Eröffnung des Landtages und die Einbringung der Vorlagen statt, am 16. Oktober die Konstituierung des sogenannten Wiener Ausschusses im Landtage; am 6. November in diesem Ausschusse der Angriff Schöffels auf die Vorlage, begründet mit seinen Besorgnissen vor Bestrebungen nach der Reichsunmittelbarkeit Wiens.

Am 13. November hatte ich im Ministerium des Innern Besprechungen wegen der Frage nach der Reichsunmittelbarkeit Wiens und wegen des Gemeindebeitrages zu den Polizeikosten, am 16. November noch eine Konferenz mit Ministerpräsidenten Grafen Taaffe in der letzteren Frage (des Beitrages zu den Polizeikosten).

Diese kurzen Notizen genügen, um das in dieser Frage vorliegende, umfangreiche, publizistische und Aktenmaterial um einige nicht in die Öffentlichkeit gelangte und, weil auf mündlicher Erörterung beruhend, in den Akten nicht dargestellte Momente zu ergänzen und gewisse Lücken im Zusammenhange dieses Materiales auszufüllen.

Wien, Ostern 1891

Erich Graf Kielmansegg  
k. k. Statthalter.



# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich](#)

Jahr/Year: 1970

Band/Volume: [38](#)

Autor(en)/Author(s): Till Rudolf

Artikel/Article: [Beiträge des Statthalters von Niederösterreich Erich Grafen Kielmansegg zur Geschichte der Vereinigung der Vororte mit Wien im Jahre 1890 359-370](#)